

Zuchthaus für Vergewaltiger

BIEL Drei aus dem Balkan stammende Brüder müssen wegen mehrfacher Vergewaltigung einer 15-Jährigen für viereinhalb bis sechs Jahre ins Zuchthaus. Die nicht geständigen jungen Männer müssen dem Opfer zudem 40 000 Franken Genugtuung bezahlen.

Mit seinem Urteil folgte das Kreisgericht Biel-Nidau gestern Freitag vollumfänglich den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Die Schuldsprüche erfolgten wegen Freiheitsberaubung, Entführung, qualifizierter Vergewaltigung und sexuellen Handlungen mit einem Kind. Freigesprochen wurde lediglich die wegen Gehilfenschaft mitangeklagte Schein-Ehefrau eines der Angeklagten. Die Verteidiger hatten allesamt Freisprüche für ihre Mandanten verlangt.

Das Verbrechen ereignete sich Ende Juni 2003 in einer Wohnung in Biel, nachdem die Männer das Mädchen zuvor im Raum Basel getroffen und schliesslich zur Fahrt nach Biel gezwungen hatten. Das ebenfalls balkanstämmige Opfer zeigte die Übergriffe jedoch erst im Februar 2005 an, weil es Angst vor der Reaktion seiner Familie hatte.

Gemäss den «im Kern glaubwürdigen» Aussagen des Opfers, auf die das Gericht mangels objektiver Tatbeweise abstellte, wurde die junge Frau von insgesamt fünf Männern, einer davon minderjährig, einer bisher nicht identifiziert, innerhalb von vier Tagen insgesamt 20 bis 30-mal vergewaltigt. Erst nach vier Tagen gelang ihr die Flucht aus der Wohnung in Biel. Die Aussagen der Täter wertete das Gericht dagegen als wenig glaubhaft und widersprüchlich. (sda)

Referendum der Anwohner

BURGDORF Anwohner und die Stadtbibliothek Burgdorf haben gegen den Stadtratsbeschluss vom 22. Mai betreffend Ortsdurchfahrt und Überbauungsordnung Scheunenstrasse–Bernstrasse–Schmiedrain das Referendum ergriffen. Innert fünf Wochen habe man über 500 Unterschriften gesammelt, teilte das Referendumskomitee mit. Diese wurden gestern den Behörden übergeben. Die neue Verkehrsführung ist Voraussetzung für die umstrittene Ortsdurchfahrt Burgdorf. Vorgesehen ist, die Scheunenstrasse für den Durchgangsverkehr zu schliessen und diesen auf der Bernstrasse bis zur Stadtbibliothek und via Schmiedrain zur Hauptachse zu leiten. «Für uns Anwohner bedeutet das 50 Prozent mehr Verkehr», sagte Markus Meister vom Referendumskomitee. Und bei der Stadtbibliothek überquerten viele Kinder die Strasse.

Nun werden die Stimmberechtigten über die neue Verkehrsführung befinden können. (sur)

KURZ

Fussgängerbrücke in der Öy wird nun doch ersetzt
SAANEN Die Fussgängerbrücke in der Öy, die im Frühjahr eingestürzt ist, wird durch eine Stahlseilbrücke ersetzt. Der Gemeinderat hat einen Kredit von 90 000 Franken bewilligt. Nach dem Einsturz hatte Gstaad-Saanenland-Tourismus verlauten lassen, ein Ersatz sei aus touristischer Sicht nicht nötig – was breite Kritik auslöste. (pd)

Beiträge aus Lotteriefonds für Lok und Bäregg-Hütte
REGIERUNGSRAT Der Regierungsrat hat aus dem Lotteriefonds 671 000 Franken bewilligt. Davon gehen unter anderem 246 000 Franken an die Restaurierung einer Dampflokomotive aus dem Jahr 1907. 180 000 Franken fliessen in die neue Bäregg-Hütte als Ersatz der Stieregg-Hütte, die wegen eines Moränenabrutsches abgebrannt werden musste. (aid)

«Braucht es UMTS? Nein»

Langenthal hält an Mobilfunk-Moratorium fest – Mobilfunkbetreiber verlieren Geduld

Langenthals Stadtregierung will es genau wissen. Die im Juni präsentierten Resultate der allseits erwarteten UMTS-Studie genügen ihr nicht, um das Bewilligungsmoratorium für neue Antennen aufzuheben. Langenthals Kampf droht einsam zu werden.

DÖLF BARBEN

Im Februar 2005 verkündete die Stadt Langenthal, auf ihrem Gebiet würden vorläufig keine UMTS-Antennen mehr bewilligt. Dieses Moratorium erregte schweizweit Aufsehen, und andere Gemeinden folgten dem Beispiel. Die Dauer des Moratoriums wurde von den Ergebnissen einer Studie abhängig gemacht: Die Schweizer Forschungsstiftung Mobilkommunikation hatte sich nämlich darangelegt, eine holländische Studie zu wiederholen, die zu beunruhigenden Resultaten gekommen war. Diese Resultate hatten letztlich auch dazu geführt, dass in Langenthal rund ein Viertel der Bevöl-

kerung eine Petition gegen UMTS-Antennen unterschrieben hatte, die wiederum die Stadtregierung zum Moratorium bewog.

Vor einem Monat war es so weit: Allerdings kamen die Forscher zu ganz und gar unspektakulären Ergebnissen. Kurzfristige Strahlung beeinträchtigt das Wohlbefinden nicht. Keine Aussagen machte die Studie jedoch zu langfristiger Exposition («Bund» vom 7. Juni).

Weitere Möglichkeiten ausloten

Den meisten der Moratoriums-Gemeinden genügt dies. Seither bewilligen sie die Gesuche wieder. Anders Langenthal. Der Gemeinderat hat diese Woche beschlossen, das Moratorium «bis zum Vorliegen der in Auftrag gegebenen Aufklärungen aufrechtzuerhalten», wie es in einer am Donnerstag Abend verbreiteten kurzen Mitteilung heisst («Bund» von gestern).

Man habe feststellen müssen, dass die Studie eigentlich gar nichts Neues gebracht habe, sagte Vizestadtpräsidentin Laura Baumgartner gestern auf Anfrage. Untersucht worden seien bloss Expositionen von 45 Minuten Dauer. Bei Antennen gehe es aber «bitte

schön um eine Dauerberieselung». Aus Sicht der Stadtregierung, der in erster Linie das Wohl der Bevölkerung am Herzen liege, bestehe somit weiterer Abklärungsbedarf. Laut Baumgartner hat die betreffende Fachstelle nun auszuloten, welche Möglichkeiten noch verbleiben. Zur Sprache kam bereits eine eigene Studie. Laura Baumgartner sagte gestern, denkbar wäre eine Zusammenarbeit mit anderen Städten, «denn es betrifft ja alle in der Schweiz».

Die Fortführung des Moratoriums sei klar ein politischer Entscheid, sagte Baumgartner. Zentral dabei sei, die in der Bevölkerung verbreiteten Ängste ernst zu nehmen. «Warum darf nicht einmal

die Politik mutig sein und gegen den Strom schwimmen?» Dass die hängigen Gesuche eigentlich bewilligt werden müssten, sei ihr klar. Aber die Gesundheit der Bevölkerung sei dem Gemeinderat wichtiger. Dieser habe sich auch gefragt, «ob es UMTS braucht» – und sei klar zum Schluss gekommen: «Nein.» Wenn in Langenthal eine UMTS-Versorgungslücke entstünde, wäre dies laut Baumgartner für Industrie und Gewerbe kein Standortnachteil. «Man muss nicht alles Machbare machen – vor allem, wenn noch Risiken da sind.»

Mobilfunkanbieter haben genug

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden wie Wahlern, die sich geweigert hatten, Baugesuche zu behandeln, und deshalb vom Kanton zurückgepfiffen wurden, hat Langenthal die Gesuche quasi hinter den Kulissen behandelt – ohne allerdings Entscheide zu fällen. Die Mobilfunkbetreiber hatten bisher Geduld gezeigt. Doch damit ist nun Schluss: Sowohl bei Sunrise wie auch bei Swisscom, die beide auf Entscheide warten, hiess es gestern, nun würden die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.

TV AUF DEM HANDY

UMTS oder Universal Mobile Telecommunications System ist die dritte Generation von Mobilfunknetzen. UMTS erlaubt, im Gegensatz zur heute vorherrschenden zweiten Generation (GSM), Multi-Medienetze wie Fernsehen auf dem Handy. Die Schweizer Grenzwerte sind strenger als diejenigen der meisten anderen Länder. (db)



Elik zeigt seinem Herrchen Christoph Leuenberger mit den Vorderpfoten den Fundort von Dieselresten an.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

Brandstiftern auf der Spur

Seit einem Monat leistet bei der Kantonspolizei Bern erstmals ein **Brandmittelspürhund** Dienst

SUSANNE GENTSCH

Elik von der Guldenburg ist hauptberuflicher Schnüffler. Im Auftrag der Kantonspolizei Bern spürt er auf erkalteten Brandstellen jede noch so kleine Spur von brandbeschleunigenden Mitteln wie Benzin, Diesel, Petrol oder etwa Nagellackentferner auf. Dank seiner guten Nase kann Elik in kürzester Zeit eine unter Umständen von langer Hand geplante Brandstiftung aufdecken. Die Kantonspolizei bezahlt ihn für diesen wertvollen Dienst mit Würstchen und Streicheleinheiten. Sie ist stolz auf ihren ersten Brandmittelspürhund. «Schweizweit sind erst drei solche Hunde im Einsatz», erklärte der für das Diensthundewesen zuständige Martin Biedermann an der gestrigen Medienorientierung.

Die lange Ausbildung macht einen Diensthund wie Elik wertvoll. Der Bergische Schäferhund sei bis

zu 40 000 Franken wert, so Biedermann. Zum verdienstvollen Kampf gegen die Brandstifter hat ihn Christoph Leuenberger erzogen. «Ich begann mit ihm zu arbeiten, als er noch ein Welpe war», erzählt der Hundeführer. Bei der Ausbildung werde der Spieltrieb ausgenutzt. Mit Benzin betäufeltes Spielzeug konditionierten den Hund früh auf Brandmittel. «Findet er sie, wird er belohnt», so Leuenberger. Dies motiviere das Tier zum Suchen, es habe Spass dabei.

Ein Handzeichen genügt

Ganz danach sieht es auch aus, als die Polizisten für die Medien einen Einsatz simulieren. Sie haben am Vortag ein Feuer entfacht und zum Anzünden Diesel verwendet. «Von jedem Brandbeschleuniger bleiben kleinste Restmengen zurück», erklärt Leuenberger. Diese soll der freudig schwanzelnde Elik nun in der erkalteten Asche

ausfindig machen. Ein Handzeichen Richtung Brandstelle genügt und der Hund läuft los – um sich wenige Sekunden später neben die Dieselrückstände hinzulegen und die Fundstelle mit den Vorderpfoten einzurahmen.

Schnüffeln macht nicht süchtig

Bei einem echten Einsatz grenzt die Brandermittlung eine mögliche Brandstelle vorgängig ein. Von eventuell aufgespürten Brennstoffen werden Proben genommen und im Labor untersucht. Dass der Hund etwas nicht riecht, ist praktisch ausgeschlossen. «Elik kann rund 850 Brandbeschleuniger riechen», so Leuenberger. «Er erkennt jeweils den Kohlenwasserstoff», so der Hundeführer. Welche anderen Inhaltsstoffe der Hund sonst erkennen kann, habe die Wissenschaft noch nicht geklärt. Sicher sei aber, dass das Schnüffeln dem Tier nicht schadet. «Drogen- oder Brennstoff-

spürhunde werden von den eingeatmeten Stoffen erwiesenermassen nicht süchtig», betont Biedermann. Die Polizei sei um die Gesundheit und Sicherheit der Hunde besorgt. Wie die Beamten ein Pistolenhalter, trägt Elik im Dienst immer ein «Gschältli». Sucht er in einsturzfahrdeten Brandruinen nach Brennstoffen, ist er wie ein Bergsteiger gesichert. «Dem Tier ist noch nie etwas passiert», sagt Leuenberger. «Es vertraut mir.» Herrchen und Hund verbringen Arbeits- wie Freizeit zusammen. Elik ist auch «ein Familienhund», wie der Hundeführer sagt. Und er ist ein Deckrüde: Elik von der Guldenburg stammt aus einer Hundefamilie, deren Mitglieder sich durch Triebständigkeit auszeichnen und sich deshalb gut zu disziplinierten Polizeihunden erziehen lassen. So pflanzt sich Elik im Dienste der allgemeinen Sicherheit «pflichtbewusst» fort.

KOMMENTAR

Zu viel des Guten

DÖLF BARBEN

Die viel zitierte Schweizer UMTS-Studie beantwortet tatsächlich nicht alle Fragen. So sagt sie nichts aus über mögliche Folgen einer langfristigen Belastung durch Mobilfunkstrahlung – erwartungsgemäss notabene. Dass die neue Technologie weiterhin Unbehagen und Ängste auslöst, ist verständlich.

Verständlich ist deshalb auch die Haltung der Langenthaler Stadtregierung. Das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger liegt ihr so sehr am Herzen, dass sie es ganz genau wissen will: Dass die besorgniserregenden Befunde einer früheren Studie widerlegt wurden, genügt ihr nicht – sie verlangt weitere Abklärungen. Und: Sie setzt sich sogar mit der grundsätzlichen Frage auseinander, ob es UMTS braucht oder nicht.

So lobenswert solch umsichtiges Handeln ist: In diesem Fall hat es auch seine problematischen Seiten. Die Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass sich Fachleute auf Bundesebene mit genau diesen Fragen schon befassen. Es handelt sich schliesslich um ein übergeordnetes Thema, wie die Langenthaler Vizestadtpräsidentin Laura Baumgartner selber feststellt: «Es betrifft ja alle in der Schweiz.» Würden solche Fragen nicht grundsätzlich von übergeordneten Stellen geklärt, herrschte Chaos.

Mit dem Entscheid, am Moratorium festzuhalten, brockt sich Langenthal zunächst einmal einen Machtkampf ein – der allerdings rasch entschieden sein wird. Was jedoch problematischer ist: Mit ihrer übersteigerten Skepsis schüren die Langenthaler Behörden Misstrauen gegenüber den zuständigen Bundesstellen.

BKW wehren sich für Kraftwerk

MÜHLEBERG Die BKW Energie AG wehrt sich gegen den Entscheid des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) zu einer befristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM). Die BKW gelangen mit einer Beschwerde an die Rekurskommission für Infrastruktur und Umwelt, wie sie gestern mitteilte. Mitte Juni hatte das Uvek ein Gesuch der BKW abgelehnt. Diese wollten die, bis 2012 laufende, Befristung der Betriebsbewilligung aufheben lassen. Mühleberg verfügt als einziges Atomkraftwerk in der Schweiz nur über eine befristete Betriebsbewilligung. Die Betreiberin BKW sieht darin eine Ungleichbehandlung.

Das Uvek begründete seinen Entscheid verfahrensrechtlich: Den BKW stehe es offen, eine unbefristete Betriebsbewilligung zu beantragen. Zu diesem Zweck müsse jedoch ein ordentliches Betriebsbewilligungsverfahren durchgeführt werden. BKW-Pressesprecher Sebastian Vogler hingegen sagt, die BKW seien immer noch der Ansicht, dass eine Aufhebung der Befristung möglich sei und dazu kein neues Verfahren ausgelöst werden müsse. Man wolle nun erst einmal prüfen lassen, wer im Recht sei. Dass die BKW damit die öffentliche Diskussion scheuten, wies Vogler zurück. Der Bundesrat habe 1998 die Aufhebung der Befristung aus rein politischen Gründen abgelehnt. Dabei habe er sich auf eine Konsultativabstimmung aus dem Jahr 1992 berufen, in der das Berner Stimmvolk die positive Stellungnahme der Berner Regierung zum unbefristeten Betrieb des KKM verworfen hatte, heisst es in der Mitteilung der BKW weiter. Seither hätten die Stimmberechtigten aber in zwei Volksabstimmungen Ja zur Nutzung der Kernenergie und zum KKM gesagt. (sda)